

21.11.2017



IDZ – Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft | Talstr. 84 | 07743 Jena

Thüringer Dokumentations-  
und Forschungsstelle gegen  
Menschenfeindlichkeit

# Demokratieferne Räume? Wahlkreisanalyse zur Bundestagswahl 2017

Autoren: Christoph Richter & Lukas Bösch

Studienleiter: Dr. Matthias Quent

Eine Studie im Auftrag der Amadeu Antonio Stiftung

## 4 Zusammenfassung der Ergebnisse

Allgemein zeigt die Analyse der soziostrukturellen Indikatoren und ihrer Effekte auf die Zweitstimmenanteile der unterschiedlichen Parteien in den Wahlkreisen, dass

- die GRÜNEN und die FDP besonders in den einkommensstärksten und städtischen Wahlkreisen hohen Wählerzuspruch haben, die Union dagegen vorrangig in ländlich und katholisch geprägten Wahlkreisen. SPD und Linkspartei verzeichnen höhere Ergebnisse in Wahlkreisen mit mittleren und niedrigen Einkommen und höheren Arbeitslosenquoten. Das gilt für die SPD besonders in westlichen Wahlkreisen, für die Linkspartei dagegen überdurchschnittlich stark im Osten. Am stärksten sind Wahlkreise mit hohen Nichtwähleranteilen und erhöhten NPD-Zweitstimmenanteilen von Deprivation über alle sozioökonomischen Indikatoren hinweg (Arbeitslosenquote, Einkommen, Wirtschaftskraft) betroffen.

Hinsichtlich des AfD-Wahlerfolgs zur Bundestagswahl 2017 zeigt sich, dass die politisch-kulturellen Indikatoren gemeinsam mit einigen sozioökonomischen und soziodemografischen Faktoren insgesamt deutlich zur Erklärung des AfD-Wahlerfolgs auf der Wahlkreisebene beitragen.

### **Politisch-kulturelle Dimension:**

- Die relevanten Grundlagen, die den Wahlerfolg der AfD in der Untersuchung erklären, gehen bis mindestens 2013 zurück. Der starke Einfluss der NPD-Wähleranteile und der geringere der Nichtwähleranteile von 2013 belegen, dass die AfD besonders dort erfolgreich war, wo sich schon 2013 ein größerer Teil der Bevölkerung entweder komplett aus dem demokratischen Prozess entkoppelt hatte oder stärker rechtsextrem gewählt hatte. Die Variablen der politisch kulturellen Dimension verfügen mit Abstand über die stärkste Erklärungskraft hinsichtlich der AfD-Wahlergebnisse.
- Dieser Effekt findet sich in allen Bundesländern – sowohl in den ost- als auch in den westdeutschen Bundesländern.
- Da die Zweitstimmenanteile der NPD 2013 von denen der AfD 2017 abgezogen wurden, konnte gezeigt werden, dass es sich hierbei nicht um Effekte der Wählerwanderung handelt, sondern gemäß der eingangs formulierten Erwartungen um Einflüsse des politischen Klimas in den Wahlkreisen, die den AfD-Wahlerfolg begünstigen und die sich über die NPD-Wahl 2013 messen lassen.

### **Sozioökonomische Dimension:**

- Im Vergleich zur Bundestagswahl 2013 zeigt sich, dass die AfD 2017 wesentlich erfolgreicher in sozioökonomisch abgehängten Regionen mobilisieren konnte.
- Zunächst lassen sich, betrachtet man ausschließlich die sozioökonomischen und -demografischen Indikatoren, die Annahmen der Modernisierungsverlierertheorie

bestätigen. Es zeigt sich eine erfolgreiche Mobilisierung der AfD besonders in Wahlkreisen mit hoher Arbeitslosigkeit und geringem BIP zur Bundestagswahl 2017. Wird jedoch die Tatsache berücksichtigt, dass es die Wahlkreise mit hohen NPD-Wähleranteilen und/oder Nichtwähleranteilen sind, die zugleich die höchsten sozioökonomischen Deprivationswerte aufweisen, zeigt sich, dass auch Wahlkreise mit mittleren und hohen Einkommen steigende AfD-Ergebnisse verzeichnen. Damit zeigt sich eine insgesamt sehr heterogene sozioökonomische Struktur der Partei über die verschiedenen Wahlkreise.

### **Soziodemografische Dimension:**

- Mit steigendem Altersdurchschnitt in den Wahlkreisen – hier besonders innerhalb der Gruppe der 35-59-Jährigen – gehen höhere Wahlergebnisse der AfD einher.
- Eine sinkende Bevölkerungsdichte führt signifikant zu höheren Zustimmungswerten zur AfD in den Wahlkreisen. Die AfD konnte besonders in Wahlkreisen ländlicher Regionen, weniger in großen Städten, erfolgreich Wähler\_innen mobilisieren.

Bezüglich des Ost-West-Unterschieds können die verwendeten Variablen mehr als die Hälfte der großen Unterschiede zwischen ost- und westdeutschen Wahlkreisen am AfD-Mobilisierungserfolg erklären:

- Ein deutlich höherer Anteil an NPD-Zweitstimmen in vielen ostdeutschen Wahlkreisen und eine hohe Anzahl an Nichtwähler\_innen 2013 und eine große sozioökonomische Kluft im Vergleich zu den westdeutschen Wahlkreisen üben einen starken Einfluss auf die Ost-West-Differenz aus.
- Das Bild des sozioökonomisch abgehängten Ostens greift als Erklärung allein zu kurz. Die starken positiven Zusammenhänge zwischen Deprivation und AfD-Wahlerfolgen gehen in Teilen auf den großen sozioökonomischen Unterschied im Vergleich zu den westdeutschen Wahlkreisen zurück. Betrachtet man die ostdeutschen Bundesländer für sich und nicht im Vergleich zu den westdeutschen, finden sich durchaus auch positive Zusammenhänge mit steigenden Einkommen und sinkender Arbeitslosigkeit. Andersherum finden sich in Westdeutschland ebenfalls Bundesländer mit deutlich positiven Zusammenhängen zwischen AfD-Wahl und sozioökonomischer Deprivation.

## **5 Diskussion und Einordnung der Studie**

*Begleitend zur obigen Untersuchung sollen hier im Anschluss die Ergebnisse eingeordnet und diskutiert werden. In diesem Abschnitt wird zwar auch auf die Studie Bezug genommen, es werden jedoch auch Aspekte diskutiert, die über den konkreten Gegenstand dieser Studie hinausgehen. Auf unterschiedliche*

*Studien und aktuelle Diskurse und Ereignisse wird hier Bezug genommen und sich insgesamt damit auch ein Stück weit von den notwendigen methodischen Konventionen der vorherigen Untersuchung entfernt.*

Entgegen der Erwartungen vieler Kommentator\_innen und Politiker\_innen zeigen die Verluste der großen Volksparteien und der Aufstieg der AfD als Ursache durchaus eine relevante sozioökonomische Komponente auf. Zur Bundestagswahl 2017 konnte die AfD große Teile ihres Mobilisierungserfolgs in sozioökonomisch schlechter gestellten Wahlkreisen verzeichnen. Die ungleiche Verteilung wirtschaftlicher Leistungskraft, verfügbarer Einkommen und des Arbeitsmarktzugangs zieht nach wie vor große Gräben, am offensichtlichsten zwischen ost- und westdeutschen Wahlkreisen, aber auch außerhalb dieser Regionen, z.B. auf der Nord-Süd-Achse und innerhalb der Bundesländer (hier z.B. deutlich sichtbar im Stadt-Land-Gefälle). Die Tatsache, dass, im gesamtdeutschen Mittel betrachtet, besonders die am stärksten wirtschaftlich deprivierten Wahlkreise die höchsten Nichtwähleranteile und Zustimmungswerte zur rechtsextremen NPD (jeweils im Jahr 2013) aufweisen, deutet hier bereits auf eine enge Verzahnung zwischen dem Ausschluss von der sozialen und wirtschaftlichen Teilhabe und dem Rückzug aus der demokratischen Kultur bis hin zu ihrer offenen Verneinung in Form der rechtsextremen Parteienwahl hin.

Es ist jedoch Vorsicht geboten, angesichts des offensichtlichen Zusammenhangs zwischen ökonomischer Deprivation und AfD-Affinität auf einen Automatismus zu schließen, dass materiell schlechter gestellte Personen per se rechtspopulistisch oder rechtsextremistisch wählen. Der bloße Nachweis der Existenz materieller Deprivation bedeutet nicht, dass diese automatisch eine AfD-Affinität zur Folge hat. Die Nichtwähler\_innen als größere Gruppe im Vergleich zur AfD-Wählerschaft haben unter vergleichbaren deprivierten Umständen bei der Bundestagswahl 2017 nicht die AfD gewählt, sondern sich der Wahl komplett enthalten. Somit verweisen die Ergebnisse der Studie eher auf ein starkes Ineinandergreifen der sozioökonomischen, materiellen und der politisch-kulturellen Konfliktlinien. Hierbei lässt sich letztere aber eben nicht erschöpfend und ausschließlich aus der ersteren erklären. So zeigt sich in der detaillierteren Analyse auch ein anderes und gegensätzliches sozioökonomisches Wählerprofil der Partei: das der ökonomisch Bessergestellten. Berücksichtigt man sowohl die sozioökonomische Dimension der Effekte der NPD-Wählerhochburgen und Nichtwählerhochburgen, die zu großen Teilen durch

überdurchschnittliche Deprivation innerhalb der Wahlkreise beschrieben werden können, als auch die Tatsache, dass viele dieser Wahlkreise eher einkommensschwach sind und im Osten Deutschlands liegen, wird ein positiver Effekt der verfügbaren Einkommen auf die AfD-Wahl sichtbar. Spätestens an diesem Punkt kommt eine ausschließlich sozio-ökonomisch begründete Deprivationsthese in Erklärungsschwierigkeiten, denn offensichtlich bestehen ungeachtet einer sozioökonomisch prekären Lage starke Anreize, die Partei zu wählen. Die Tatsache, dass der Effekt der NPD-Wahl 2013 auch dann sehr stark trägt, wenn die moderierenden Effekte von Einkommen, Arbeitslosigkeit, BIP, Bevölkerungsdichte, Migration, Alter und Bildung kontrolliert werden, lässt annehmen, dass die relevantere Dimension des Wahlerfolgs der Rechtspopulist\_innen tatsächlich in einer Mobilisierung der Wählerschaft entlang der politisch-kulturellen Konfliktlinie zu suchen ist; eine Konfliktlinie, darauf verweist der starke Zusammenhang zur höheren NPD-Affinität, die zwischen einer offenen, liberalen und pluralistischen und einer eher homogenen, autoritären und nationalistischen Konzeption von Gesellschaft verläuft. Die erfolgreiche Besetzung dieses Konflikts scheint der inhaltliche Schlüssel zum Wahlerfolg; von hier aus ist es der Partei gelungen, in viel größerem Maße als die NPD es jemals vermochte, sowohl sozioökonomisch deprivierte als auch wohlständigere Wählergruppen anzusprechen und zu mobilisieren. Die sozioökonomische Heterogenität der Wählerschaft und die faktische Unmöglichkeit, diese konstruktiv wirtschafts- und sozialpolitisch zu binden, gibt Anlass zur Sorge, dass die Partei auch weiterhin auf radikale populistische Ausbeutung dieser politisch-kulturellen Konfliktlinie setzen wird, um nicht an der soziostrukturellen Gegensätzlichkeit ihrer Wählerschaft zu zerbrechen.

Die häufig verwendeten, aber inhaltlich relativ weit gefassten Begriffe der Protestwahl und des kulturellen Konflikts sollten hinsichtlich der AfD-Programmatik und der Äußerungen bis hoch in die Führungsspitze der Partei zumindest konkretisiert werden. Zwar zeigte sich bei der Bundestagswahl durchaus ein Wahlverhalten, das vor dem Hintergrund des starken Ergebnisses der AfD in wirtschaftlich abgehängteren Regionen auch als Aufbegehren gegen die Sozial- und Wirtschaftspolitik der vergangenen Jahre interpretiert werden könnte. Vor allem aber die quer durch die Gesellschaft hoch popularisierte und polarisierte Debatte um die sogenannte „Flüchtlingskrise“ deutet auf das Wesen dieses Protestes hin, der stark von autoritären, fremdenfeindlichen und chauvinistischen Abgrenzungs- und Aufwertungsbedürfnissen getrieben scheint. Der Begriff des kulturellen Konflikts vermittelt dagegen oft das Bild von Personen mit

Sehnsucht nach materieller, sozialer und normativ stabiler Sicherheit der bürgerlichen Wohnstuben aus der Zeit vor den sozioökonomischen und normativen Veränderungen der 1960er und 1970er Jahre. Programmatik und viele Äußerungen, auch der Parteispitze, etwa die Forderungen nach Schusswaffengebrauch an den Grenzen, nach Ausbürgerung von staatsbürgerrechtlich anerkannten Personen<sup>22</sup>, NS-Relativierung und die Ablehnung eines sogenannten Schuldkults, verweisen auf geschichtliche Referenzpunkte, die in Teilen weit über die 1960er Jahre hinaus reichen; ebenso wie die Versuche, den Begriff „völkisch“ zu enttabuisieren oder den öffentlichen Diskurs zunächst sprachlich durch Begrifflichkeiten wie „jagen“ oder „entsorgen“ mit Gewalt aufzuladen. Gerade hinsichtlich der Diskussion, inwiefern die AfD durch die Integration vormals NPD-naher Wählerkreise diese damit erfolgreich in den demokratischen Diskurs einbindet, ist es notwendig, demokratische Prozesse nicht als bloße quantitative Repräsentation von Mehr- und Minderheitsverhältnissen zu interpretieren, sondern auch inhaltlich im Sinne einer vielfältigen, offenen, pluralistischen und heterogenen demokratischen Kultur, die genau dadurch lebt und sich auch daraus begründet. Vor dem Hintergrund der Äußerungen von Teilen der AfD ließe sich die obige These zur *NPD-Demokratisierung* auch andersherum formulieren und fragen: Müsste auf der inhaltlichen Ebene nicht von einer erfolgreichen Einbindung von Teilen der AfD in die NPD gesprochen werden?

Leider liegt es in der Natur breit geführter öffentlicher politischer Kontroversen, dass sie relativ zyklisch mit flüchtiger Aufmerksamkeit und mit geringem Erinnerungsvermögen an vorausgegangene Debatten und Ereignisse geführt werden. Oft ist es, wie im vorliegenden Fall der Debatten rund um Rechtspopulismus und Rechtsextremismus so, dass lang anhaltende und kontinuierliche Prozesse erst dann die Schwelle zur öffentlichen Aufmerksamkeit durchbrechen, wenn sie als außerordentliche Ereignisse (beispielsweise hohe Zugewinne bei Wahlen, starke Zunahme rechter Gewalttaten in qualitativer oder quantitativer Art) zur öffentlichen Diskussion zwingen. Die Liste längst vergessener Diskurse ließe sich beliebig ergänzen – erinnert sei an die Diskurse über die ersten großen Wahlerfolge rechtsextremer Parteien in Europa in den 1980ern, die

---

<sup>22</sup> Wahlprogramm der AfD für die Wahl zum Deutschen Bundestag am 24. September 2017: „In folgenden Fällen soll eine Rücknahme der Einbürgerung erfolgen: - bei erheblicher Kriminalität innerhalb von zehn Jahren nach erfolgter Einbürgerung - bei Mitwirkung in Terrororganisationen (z.B. IS) - bei Zugehörigkeit zu kriminellen Clans und zwar auch dann, wenn die Rücknahme der Einbürgerung zur Staatenlosigkeit führt. Hierzu ist Art. 16 Abs. 1 GG entsprechend zu ändern.“ (S.23), vgl.: [https://www.afd.de/wp-content/uploads/sites/111/2017/06/2017-06-01\\_AfD-Bundestagswahlprogramm\\_Onlinefassung.pdf](https://www.afd.de/wp-content/uploads/sites/111/2017/06/2017-06-01_AfD-Bundestagswahlprogramm_Onlinefassung.pdf).

massive Mobilisierungs- und Gewaltwelle deutscher Neonazis während der 1990er bis 2000er, den Erfolg von Jean-Marie Le Pen in der Stichwahl 2002 in Frankreich, den Umgang mit dem Rechtspopulisten Jörg Haider innerhalb der EU, die Wahlerfolge der Rechtspopulist\_innen bei den Europawahlen 2008 und 2014 und die aktuellen Debatten um den Brexit und Trump. Das zeigt, dass es zwar sicherlich richtig ist, von einer sichtbaren Zunahme rechter Mobilisierung zu sprechen, es sich aber keinesfalls um singuläre Ereignisse handelt, als die sie regelmäßig diskutiert werden, sondern um langfristige und kontinuierliche Entwicklungen innerhalb der europäischen Nachkriegsgeschichte.

Der AfD-Wahlerfolg, für den häufig die sogenannte „Flüchtlingskrise“ 2015 als Ursache herangezogen wird, ist das jüngste Beispiel der zirkulären Debatten, bei denen häufig Anlass und Ursache verwechselt werden. Allein die Tatsache, dass schon seit 2013 größere rassistische Mobilisierungen stattfanden, so z.B. in Schneeberg, gefolgt von der schnell wachsenden Popularität von PEGIDA Ende 2014 (noch deutlich vor dem Sommer 2015), spricht gegen die Annahme, dass sich die rechtspopulistische Mobilisierung primär oder ausschließlich aufgrund der „Flüchtlingskrise“ erklären lässt. Vielmehr scheint es, dass es sich hierbei um Anlässe handelt, die Artikulationsmöglichkeiten für länger existierende Einstellungen bieten. Der Soziologe Holger Lengfeld nutzt hierfür den Begriff der „umgekehrten Schweigespirale“<sup>23</sup>. Dort, wo sich anlassbezogen existente Einstellungen artikulieren können, fühlen sich andere dazu ermutigt, dies gleich zu tun und ähnliche Positionen zu formulieren. Studien, beispielsweise des Bielefelder Instituts für Konfliktforschung (u.a. Heitmeyer 2012; Zick/Klein 2014) oder auch die Leipziger Mittelstudien (u.a. Brähler et al. 2014/2016), untersuchen in regelmäßigen Abständen rechtsextreme und menschenfeindliche Einstellungen. Eine ganze Reihe von Einstellungsmustern (u.a. Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Homophobie, Islamophobie, Sexismus und Sozialdarwinismus) bilden ein gemeinsames Syndrom, das als gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit über die Zeit und die Ereignisse in der Betonung und Kombination einzelner Diskriminierungsformen durchaus variieren kann, sich aber insgesamt als ein stabiles und hohes Potenzial menschenfeindlicher Einstellungen quer durch die Gesellschaft zeigt. Schon 2002 wurde im Rahmen einer Untersuchung zu Dimensionen rechtspopulistischer Einstellungen ein

---

23 Lengfeld, Holger (2017): „AfD-Wähler sind nicht wirtschaftlich, sondern kulturell abgehängt“. Online: <http://www.sueddeutsche.de/kultur/abgehaengte-bevoelkerungsgruppen-afd-waehler-sind-nicht-wirtschaftlich-sondern-kulturell-abgehaengt-1.3675805-2>.

hohes Potenzial in der deutschen Gesellschaft ausgemacht. 2011 war dieses zwar in der Summe gesunken, gleichzeitig zeigten sich die Verfasser besorgt über eine zunehmende Bereitschaft zum Protest auf der Straße und eine schwindende Parteienbindung im bisherigen politischen Parteienspektrum (Heitmeyer 2012).

Eine Kultur der zirkulären Aufregungsdebatten, in der immer nur extreme Ereignisse (Wahlerfolge, rechtsextreme Gewalt etc.) den Durchbruch in das kollektive Bewusstsein erzwingen, ignoriert nicht einfach nur die Tatsache rechtsextremer und menschenfeindlicher Kontinuität quer durch die gesellschaftlichen Schichten, sondern birgt auch eine ernsthafte Bedrohung für die demokratische Kultur an sich. Immer dann, wenn Anlässe mit Ursachen verwechselt werden, läuft der demokratische Diskurs Gefahr, zum Zugpferd rechtspopulistischer Diskursstrategien zu werden. Anlässlich der aktuellen Situation lässt sich gut zeigen, dass die Interpretation der „Flüchtlingskrise“ als Ursache die Gefahr eines Rechtsrucks quer durch die Parteienlandschaft birgt. Da der AfD-Wahlerfolg im öffentlichen Diskurs meist ausschließlich durch die „Flüchtlingskrise“ begründet wird, wenden sich die Parteien vermehrt dem restriktiveren Umgang mit Einwanderung zu, anstatt eine nachhaltige Debatte über Ursachen und Umgang menschenfeindlicher Einstellungen zu führen.

Zur Frage der Strategien im Umgang mit der AfD ist der in Teilen der CDU/CSU, aber auch in anderen Parteien verfolgte Kurs eines Rechtsschwenks, um das durch die AfD mobilisierte Wählerpotenzial wieder einzubinden, sowohl moralisch als auch faktisch sehr zweifelhaft. Zum einen hieße eine von den entsprechenden Wähler\_innen als glaubwürdig empfundene verstärkte Positionierung am rechten Rand, rechtspopulistische und teilweise rechtsextreme Programmatik und Äußerungen der AfD auch tatsächlich inhaltlich zu akzeptieren, zu repräsentieren und damit im demokratischen Diskurs zu normalisieren. Faktisch spricht allein die Tatsache, dass die AfD gerade in den Bundesländern, in denen die Union schon vorher starke inhaltliche Schnittmengen mit Teilen der AfD-Positionen hatte, hohe Wahlerfolge erzielen konnte, wie in Sachsen und Bayern, gegen einen messbaren Erfolg dieser Strategie. Eher ist zu vermuten, dass sich die dramatischen Stimmenverluste bei kommenden Wahlen noch steigern werden, weil sie gemäßigte Wähler\_innen zu anderen Parteien treibt, während die Adressat\_innen eines Rechtsrucks diesen eher als Kopie einer in ihren Augen erfolgreichen inhaltlichen Positionierung der AfD sehen würden und



weiterhin auf das „Original“ setzen.<sup>24</sup> Erfolgversprechender, als sich nun mit inhaltlichen Angeboten ausschließlich an jene zu richten, die sich ohnehin entschieden haben, erscheint es stattdessen, die Aufmerksamkeit insbesondere auf die große Gruppe der Nichtwähler\_innen zu richten. Der Nichtwähleranteil in den Wahlkreisen macht nach Ergebnissen dieser Studie Teile des AfD-Mobilisierungserfolgs aus. Nachwahlbefragungen zeigen, dass etwa ein Viertel der Wählerschaft der AfD aus der Gruppe vorheriger Nichtwähler\_innen stammt (Infratest Dimap 2017; Forschungsgruppe Wahlen 2017). Quantitativ steht der AfD-Wählerschaft allerdings die viel größere Gruppe der Nichtwähler\_innen zur Bundestagswahl 2017 gegenüber. Diese ist mit ca 23% die größte Gruppe, hinter den CDU-Wähler\_innen, und repräsentiert damit in etwa ein Viertel der Wahlberechtigten insgesamt (vgl. Tabelle 2, Zeile: *Zweitstimmenanteil Bundesmittelwert*). Diese Gruppe hat 2017 gar keine Partei gewählt und damit auch nicht die AfD. Hinsichtlich der im Verhältnis starken wirtschaftlichen und materiellen Deprivation in Wahlkreisen mit hohen Nichtwähleranteilen wäre es notwendig, innerhalb der Parteien Konzepte zu entwickeln, die über die soziale und materielle Teilhabe Nichtwähler\_innen wieder in den demokratischen Diskurs integrieren. Die Befunde der Studie der Bertelsmannstiftung zeigen, ähnlich der Ergebnisse dieser Untersuchung, dass es der AfD gelungen ist, die soziale Spaltung der Wahlbeteiligung zu verringern, da sie viele Wähler\_innen aus sozioökonomisch prekären Milieus und bisherige Nichtwähler\_innen mobilisieren konnte (Verkamp/Wegschaidt 2017). Dieses Ergebnis ist gleichzeitig Armutszeugnis für die anderen Parteien und sollte zur Frage führen, inwiefern es geglückt bzw. gewollt ist und war, diese Wählergruppen über Parteiprogrammatik und Wahlkampfthesen zu erreichen und einzubinden. Darüber hinaus müsste dringend diskutiert werden, wie sich die immer deutlicher abzeichnende Spaltung der Gesellschaft in sozioökonomisch Abgehängte und Profiteur\_innen der Wandlungs- und Modernisierungsprozesse der vergangenen Jahrzehnte auch hinsichtlich der kulturellen Konfliktlinie begegnen lässt. Gelingt es, alle Teile der Bevölkerung am Prozess von Modernisierung und Wandel in sozioökonomischer und materieller Hinsicht teilhaben zu lassen, wäre dies eventuell die Grundlage dafür, dass sich Menschen auch in normativer Hinsicht als Teil eines sich wandelnden Bildes von Gesellschaft begreifen – hin zu offenen, pluralistischen und heterogenen Konzepten. Die Studie zeigt auch, dass

---

<sup>24</sup> Die Nachwahlbefragungen von Infratest Dimap zeigen, dass die stärksten Abwanderungen von der CDU/CSU zugunsten der FDP verliefen (Infratest Dimap 2017).

materielle Desintegration nicht die einzige Ursache der rechtspopulistischen Mobilisierung ist. Insofern sollte die Debatte über das Syndrom gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit als konstant hohes Einstellungspotenzial diesen Umstand auch als solchen thematisieren und über nachhaltige Strategien im Umgang diskutieren.

Die Ergebnisse der Studie zeigen insgesamt: Beim AfD-Wahlerfolg handelt es sich um einen langfristigen Prozess; der Rechtsruck – entgegen vieler Einschätzungen – kam weder über Nacht noch wird er sich mit einem einfachen *Weiter so* stoppen oder zurückdrehen lassen. So wenig, wie die NPD verschwand, so wenig wird der Rechtspopulismus einfach verschwinden. Er stellt voraussichtlich auch langfristig – unabhängig des jeweiligen Labels der Parteihülle – eine für Teile der Bevölkerung attraktive Abwehrbewegung gegen Modernisierungsprozesse dar.

Dementsprechend sind langfristige Gegenstrategien notwendig.

Freiheit und Demokratie sind nicht selbstverständlich. In manchen Regionen haben in diesem Jahr mehr Menschen rechtsradikal gewählt als demokratisch oder gar nicht ihre Stimmen abgegeben. Demokratische Errungenschaften müssen verteidigt und vor dem Hintergrund dieser größten Herausforderung für die demokratische Kultur der Bundesrepublik seit der Vereinigung modernisiert und moderiert werden. Die AfD konnte zur Bundestagswahl 2017 im Vergleich zur vorangegangenen wesentlich erfolgreicher in sozioökonomisch abgehängten Regionen und solchen mit hohen Nichtwähleranteilen mobilisieren. Allerdings ist der mobilisierte Anteil im Vergleich zur großen Gruppen aller Nichtwähler\_innen noch überschaubar. Die AfD bereitet aber sozialpopulistische Kampagnen vor, um künftig – vergleichbar mit dem Front National – die große Zahl der Nichtwähler\_innen insbesondere in abgehängten Regionen noch stärker mobilisieren zu können.

Es gilt daher auf der politisch-kulturellen Konfliktlinie:

1. Liberale und demokratische Fortschritte und Werte müssen verteidigt werden. Dazu zählt, menschen- und verfassungsfeindliche, rassistische und völkische Positionen zu ächten und aus dem politischen Diskurs zu isolieren.
2. Ein Rechtsruck aller zivilgesellschaftlichen Entitäten – einschließlich der politischen Parteien – ist zu verhindern.
3. Zu stärken ist die nachhaltige Auseinandersetzung mit menschen- und demokratiefeindlichen Einstellungen in allen Schichten und politischen Milieus, auch sind jene Akteure zu stärken, die sich vor Ort für demokratische Kultur einsetzen. Eine erneute Einführung der umstrittenen „Extremismusklausel“ in der Demokratieförderung wäre eine Misstrauenserklärung und Schwächung der

zahlreichen Engagierten, die im Alltag unter großem Einsatz und zum Teil unter großem Risiko die Grundwerte unserer Verfassung hochhalten.

4. Erprobte und erfahrene Konzepte und Träger der Demokratieförderung in allen gesellschaftlichen Bereichen sollten verstärkt in Regelstrukturen überführt werden.
5. Wirksame Maßnahmen zur materiellen und politischen sowie kulturellen Inklusion prekarierteter Gruppen und Personen sowie abdriftender Regionen sind zu schaffen.
6. Solidarische Antworten und Konzepte für den gesellschaftlichen Wandel unter Beteiligung der Bevölkerung sind öffentlich und in verständlicher Sprache zu entwickeln und zu diskutieren – nicht nur in akademischen Zirkeln.
7. Verstärkte Bemühungen sind notwendig, um in allen Alterskohorten über liberale Modernisierungs- und Antidiskriminierungsmaßnahmen aufzuklären – zum Beispiel über die „Ehe für Alle“ oder die Anerkennung des sogenannten dritten Geschlechtes.

Um einer künftig verstärkten Mobilisierung von bisherigen Nichtwähler\_innen durch die AfD in sozial benachteiligten Regionen zuvorzukommen, gilt es auf der sozioökonomischen Konfliktlinie:

1. Soziale Missstände sind universalistisch, d.h. jenseits ethnischer oder religiöser Zuschreibungen, öffentlich zu diskutieren.
2. Die soziale Frage durch die demokratischen Parteien ist glaubwürdig zu thematisieren und es sind vertrauensstiftende Antworten auf ökonomische Herausforderungen zu finden.
3. Es ist die Fähigkeit des demokratisch legitimierten Staates zu beweisen, Modernisierungs- und Globalisierungsprozesse regulieren und moderieren zu können.